

RELIGIÖSER ZIONISMUS UND DAS ISRAELISCHE KOLONIALPROJEKT

Ignacio Alvarez-Ossorio Vilariño

Die Gründung Israels: ein Kolonialprojekt

Seit seinen Anfängen Ende des 19. Jahrhunderts war das Hauptziel des Zionismus die Kolonisierung Palästinas. In seinem 1896 erschienenen Buch „Der Judenstaat“ schreibt Theodor Herzl: „Ich betrachte die Judenfrage weder als eine soziale noch als eine religiöse Frage, obwohl sie diese und andere Aspekte aufweist. Es ist eine nationale Frage, und um sie zu lösen, müssen wir sie zu einem Problem der internationalen Politik machen.“ Von da an bemühten sich die zionistischen Führer um die Unterstützung der großen westlichen Mächte für die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina, mit der Idee, dass dieser zu einer Bastion Europas im Herzen der arabischen Welt werden sollte. Herzl, der ein begeisterter Bewunderer des europäischen Kolonialismus war und mit dem britischen Magnaten Cecil-Rhodes, dem Gründer der British South Africa Company, korrespondierte, erklärte vehement: „Für Europa würden wir eine Bastion gegen Asien darstellen: Wir wären ein Vorposten der Zivilisation gegen die Barbarei.“

Der Zionismus weist daher viele Parallelen zum europäischen Kolonialisierungsprojekt auf, das darauf abzielte, die Kontrolle über das Land zu behalten, sich die Ressourcen der kolonialisierten Völker anzueignen und die indigene Bevölkerung durch Siedlerkolonialismus zu verdrängen und zu ersetzen. Wie der katalanische Historiker Joan Culla betont: „Wenn wir Kolonialismus als einen soziokulturellen Überlegenheitskomplex betrachten, als eine herablassende, paternalistische oder verächtliche Haltung gegenüber Nicht-Europäern und ihren kollektiven Identitäten und Bestrebungen, dann ist es offensichtlich, dass Zionisten solche Züge aufweisen und sich bewusst oder unbewusst in die Hintergrundwelle der großen imperialistischen Expansion der Alten Welt einfügen“ (2005: 59). Dieser Überlegenheitskomplex beschränkte sich nicht nur auf die arabische Bevölkerung, sondern erstreckte sich auch auf die jüdische Bevölkerung aus arabischen Ländern: die Sephardim und Mizrahi, die als Bürger zweiter Klasse und den Aschkenasim, den europäischen jüdischen Förderern des Zionismus, unterlegen angesehen wurden.

Der palästinensische Journalist Amjad Iraqi vom Arab Minority Rights Law Center in Israel-Adalah sieht es so: „Als nationalistisch-kolonialistisches Projekt europäischen Ursprungs war der Zionismus im Wesentlichen als Motor für die Juden konzipiert, um den Weg der westlichen Nationen im 19. und frühen 20. Jahrhundert nachzuahmen. Zu diesem Zeitpunkt ging es bei der Staatsgründung nicht einfach um die Verwirklichung der Selbstbestimmung: Sie implizierte das Recht, andere Völker ihres Landes zu enteignen, „minderwertigen“ Untertanen die bürgerlichen Freiheiten zu entziehen und monströse Gewalt anzuwenden, um die unerwünschte Gesellschaft und ihre Kultur auszulöschen“ (2024). Dieses Projekt erforderte die Unsichtbarmachung der indigenen Bevölkerung durch Gründungsmythen wie ,ein Land ohne Volk für ein

Volk ohne Land': „Im Falle des Zionismus strukturierte sich sein Diskurs um die Erlösung der europäischen Juden und die Leugnung der Existenz der indigenen Bevölkerung, die das kolonisierte Gebiet bewohnte“ (Abu-Tarbush und Barreñada, 2023: 87). Das zionistische Projekt erhielt durch die Balfour-Erklärung von 1917, die die Umwandlung Palästinas in ‚die nationale Heimstätte des jüdischen Volkes‘ versprach, die volle Unterstützung Großbritanniens.

Die Befürwortung der Kolonisierung durch den Zionismus ist bis heute relevant. Der 2017 vom derzeitigen Finanzminister vorangetriebene Smotrich-Plan sieht vor, dass Israel seine Politik der vollendeten Tatsachen fortsetzen und neue Siedlungen bauen soll, um die Entstehung eines palästinensischen Staates vollständig unmöglich zu machen. Unter der Überschrift „Sieg durch Kolonisierung“ wird klargestellt, dass „wir hier bleiben werden“:

„Unser nationales Ziel eines jüdischen Staates vom Fluss bis zum Meer ist eine vollendete Tatsache, die keiner Diskussion oder Verhandlung bedarf. Diese Phase wird durch einen politisch-rechtlichen Akt der Ausübung der Souveränität über ganz Judäa und Samaria und durch wiederholte Siedlungsmaßnahmen verwirklicht: die Gründung von Städten und Dörfern, der Aufbau einer Infrastruktur, wie sie im „kleinen“ Israel üblich ist, und die Förderung des Zuzugs von Zehntausenden und Hunderttausenden von Einwohnern nach Judäa und Samaria. Auf diese Weise können wir eine klare und unumkehrbare Realität vor Ort schaffen. Nichts hätte eine größere und tiefgreifendere Wirkung auf das Bewusstsein der Araber in Judäa und Samaria, würde ihre Illusionen von einem palästinensischen Staat untergraben und die Unmöglichkeit der Gründung eines weiteren arabischen Staates westlich des Jordans demonstrieren. Die Tatsachen vor Ort schwächen Bestrebungen und zerschlagen Ambitionen. Die Siedlungsblöcke sind Zeugen dafür.

Der im 19. Jahrhundert so verbreitete Siedlungskolonialismus entstand, als eine Gruppe europäischer Einwanderer ein bereits von einem anderen Volk bewohntes Gebiet für sich beanspruchte, was einerseits die Aneignung des Landes und seiner Ressourcen und andererseits die Enteignung und Vertreibung der einheimischen Bevölkerung erforderte, die wiederum durch Außenstehende ersetzt wurde. Der Zionismus ist ein Produkt seiner Zeit, denn er entstand in Mitteleuropa in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, als das europäische Kolonialprojekt mit dem Berliner Kongress, auf dem die europäischen Großmächte den afrikanischen Kontinent unter sich aufteilten, seinen Höhepunkt erreichte. Wie Areej Sabbagh-Khoury, Professorin an der Hebräischen Universität Jerusalem, in einem Artikel im Middle East Report and Information Project betont: „Siedler rekonstruieren die soziale Ordnung der Kolonie, indem sie durch Überfälle, Aneignung, Umverteilung, Ausbeutung, Ausrottung, Auslöschung und/oder Gewalt neue Hierarchien und Institutionen einführen. Sie verändern Land und Gesellschaft und lehnen dabei die Ansprüche der indigenen Bevölkerung auf Territorium und Souveränität ab. Diese Veränderungen haben vielfältige Folgen für die einheimische Bevölkerung, darunter Enteignung, Vertreibung, Zwangsarbeit, ethnische Säuberungen und Völkermord.

Die vom Zionismus geforderte Kontrolle über das Land erfordert die Enteignung und Vertreibung der einheimischen Bevölkerung, was nur mit Gewalt erreicht werden kann. Wie der jüdische revisionistische

Denker Vladimir Jabotinsky in seinem berühmten Artikel „Die eiserne Mauer. Wir und die Araber“ vom 4. November 1923 in der russischen Zeitung Razsviet betonte:

„Es kann keine freiwillige Vereinbarung zwischen uns und den palästinensischen Arabern geben. Weder jetzt noch in Zukunft. Ich sage dies mit solcher Überzeugung, nicht weil ich gemäßigte Zionisten verletzen will. Mit Ausnahme derjenigen, die blind geboren wurden, haben alle anderen längst erkannt, dass es völlig unmöglich ist, die freiwillige Zustimmung der Araber zu erhalten, Palästina von einem arabischen Land in ein Land mit jüdischer Mehrheit umzuwandeln. Meine Leser haben eine allgemeine Vorstellung von der Kolonialgeschichte anderer Länder. Ich schlage vor, dass sie alle ihnen bekannten Präzedenzfälle betrachten und prüfen, ob es einen einzigen Fall von Kolonialisierung gibt, der mit Zustimmung der einheimischen Bevölkerung durchgeführt wurde. Es gibt keinen solchen Präzedenzfall. Die einheimischen Bevölkerungen, ob zivilisiert oder unzivilisiert, haben sich immer hartnäckig gegen die Kolonialherren gewehrt, egal ob diese zivilisiert oder wild waren.“

Da Jabotinsky erkannte, dass die palästinensische Bevölkerung sich mit aller Kraft gegen das zionistische Projekt wehren würde, schlug er vor, eine militärische Organisation zu gründen, die mächtig genug war, um sie von einem Aufstand abzuhalten. Er ging sogar so weit, darauf hinzuweisen: „Der Zionismus ist ein Kolonialvorhaben und steht und fällt daher mit seiner militärischen Stärke.“ Im Einklang mit dieser Idee befürwortete der in Russland geborene jüdische Denker den Bau einer „eisernen Mauer, die die Palästinenser nicht durchbrechen können“ und gründete die paramilitärische Organisation Betar, inspiriert von den Schwarzhemden, die Benito Mussolini für den Marsch auf Rom im Oktober 1922 mobilisierte. Jabotinsky zeigte bei zahlreichen Gelegenheiten seine Verachtung für die arabische Bevölkerung: „Wir Juden haben, Gott sei Dank, nichts mit dem Osten zu tun“ (Jabotinsky, 1922, S. 1). „Die islamische Seele muss aus Eretz Israel vertrieben werden“, erklärte er und bezeichnete die Palästinenser bei einer anderen Gelegenheit als „lautstarken und lärmenden Mob, der in grelle Lumpen gehüllt ist“.

Die Hauptparolen der Betar lauteten „Mit Feuer und Blut wird Judäa wiedergeboren werden“ und „Es gibt kein Gesetz, keine Gerechtigkeit und keinen Gott im Himmel. Nur ein Gesetz entscheidet und steht über allen anderen: die jüdische Besetzung des Landes“. Die Betar war maßgeblich an der Gründung der terroristischen Gruppen Irgun und Lehi beteiligt, die von Menachem Begin bzw. Yitzhak Shamir angeführt wurden, die später Premierminister Israels wurden. Diese Gruppen waren für das berüchtigte Massaker von Deir Yasin am 9. April 1948 verantwortlich, bei dem 250 Zivilisten kaltblütig ermordet wurden. Solche Praktiken des psychologischen Terrors terrorisierten die lokale Bevölkerung und beschleunigten die Flucht von Hunderttausenden Palästinensern aus ihren Häusern vor der Ausrufung des Staates Israel am 14. Mai desselben Jahres.

Jabotinskys Revisionistische Partei, aus der später die Herut hervorging, die Vorgängerin des Likud, befürwortete die Gründung eines jüdischen Staates, der nicht nur das britische Mandatsgebiet Palästina, sondern auch Transjordanien unter der Kontrolle der Haschemiten-Dynastie umfassen sollte. Wie der palästinensische Historiker Nur Masalha (2000: 75) feststellt, „stand der revisionistische Zionismus im

Gegensatz zum pragmatischen und schrittweisen Expansionismus des Arbeitszionismus, der die politische Realität und die Möglichkeiten unter lokalen, regionalen und internationalen Bedingungen erkannte, stets für seine maximalistischen politischen Ziele, zu denen während des Mandats die Gründung eines jüdischen Staates an beiden Ufern des Jordan gehörte“.

David Ben Gurion übernahm schließlich Jabotinskys These, da er glaubte, dass die Palästinenser niemals freiwillig die Enteignung ihres Landes akzeptieren würden, und räumte ein: „Wenn ich ein arabischer Führer wäre, würde ich niemals ein Abkommen mit Israel unterzeichnen. Das ist normal; wir haben ihnen ihr Land genommen. Es stimmt zwar, dass Gott es uns versprochen hat, aber warum sollte sie das interessieren? Unser Gott ist nicht ihr Gott. Es gab Antisemitismus, die Nazis, Hitler, Auschwitz, aber war das ihre Schuld? Sie sehen nur eines: Wir sind gekommen und haben ihnen ihr Land gestohlen. Warum sollten sie das akzeptieren? Der israelische Führer stellte 1938 auch fest: „Wir dürfen die Wahrheit nicht ignorieren: Politisch sind wir die Aggressoren, und sie verteidigen sich [...]. Das Land gehört ihnen, weil sie es bewohnen, während wir hierherkommen und uns niederlassen wollen, und ihrer Meinung nach wollen wir ihnen ihr Land wegnehmen [...]. Hinter dem Terrorismus [der Araber] steht eine Bewegung, die zwar primitiv ist, aber nicht ohne Idealismus und Opferbereitschaft.

Es ist bekannt, dass die Führung der israelischen Arbeitspartei den UN-Teilnahmeplan von 1947 akzeptierte und dass die palästinensische Nationalbewegung ein Projekt ablehnte, das sie auf 45 Prozent ihres Territoriums beschränkte, obwohl sie zwei Drittel der Bevölkerung ausmachte. Ganz zu schweigen davon, dass die indigene Bevölkerung Palästinas entgegen der UN-Charta selbst nicht konsultiert wurde und dass die palästinensische Nationalbewegung nach dem antikolonialen Aufstand von 1936-1939 von Großbritannien zerschlagen worden war. Allerdings wird oft nicht ausreichend betont, dass Ben Gurion, wie Masalha hervorhebt, diese Grenzen lediglich als vorübergehend betrachtete. Als guter „praktischer Expansionist“ glaubte der Labour-Führer, dass „die Grenzen des jüdischen Staates flexibel sein sollten, niemals endgültig festgelegt, sondern von der Natur und den Bedürfnissen des historischen Augenblicks sowie von den regionalen und internationalen Bedingungen abhängen“ (2000: 17). Wie Ben Gurion selbst einräumte, stellte die Zustimmung zum Teilungsplan nur eine Zwischenstufe dar, bis „wir unmittelbar nach der Staatsgründung eine starke Armee aufbauen, die Teilung des Landes aufheben und uns über das gesamte Land Israel ausbreiten“.

Zahlreiche Historiker haben sich an der Debatte über die ethnische Säuberung von 1948 beteiligt, die zur Vertreibung von mindestens 750.000 Palästinensern aus ihren Häusern im Zuge der Nakba führte. Der israelische Wissenschaftler Benny Morris ist einer von ihnen. In einem Interview, das am 9. Januar 2004 in der Tageszeitung Haaretz veröffentlicht wurde, antwortete Morris: „Hätte Ben Gurion eine umfassende Vertreibung durchgeführt und das ganze Land, das gesamte Land Israel bis zum Jordan, gesäubert, wäre dies möglicherweise sein fataler Fehler gewesen. Hätte er eine vollständige Vertreibung statt einer teilweisen durchgeführt, hätte er Israel für Generationen stabilisiert. Morris ging sogar noch weiter und deutete an, dass die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung unzureichend gewesen sei: „Wenn die Geschichte für die Juden schlecht ausgeht, dann deshalb, weil Ben Gurion 1948 die Bevölkerungsumsiedlung nicht vollständig

durchgeführt hat. Weil er einen großen und unberechenbaren Bevölkerungsanteil in der Westbank und im Gazastreifen sowie innerhalb Israels selbst zurückgelassen hat [...]. Die israelischen Araber sind eine tickende Zeitbombe. Ihr Abgleiten in die vollständige Palästinisierung hat sie zu Abgesandten des Feindes in unserer Mitte gemacht. Sie sind eine potenzielle fünfte Kolonne. Sowohl in demografischer als auch in sicherheitspolitischer Hinsicht neigen sie dazu, den Staat zu untergraben. Sollte Israel also erneut in eine existenzielle Bedrohungssituation geraten wie 1948, könnte es gezwungen sein, so zu handeln wie damals.“

Die Intensivierung der Kolonisierung nach 1967

Nach dem Sechstagekrieg 1967 wurden die Kolonisierungsbemühungen auch auf die palästinensischen Gebiete Ostjerusalem, Westjordanland und Gazastreifen sowie auf den ägyptischen Sinai und die syrischen Golanhöhen ausgedehnt, die alle zwischen dem 5. und 10. Juni von der israelischen Armee besetzt worden waren. Wie Nur Masalha (2000: 28) hervorhebt, wurden „die expansionistischen Instinkte des Großisraels“ durch „den Anspruch auf ‚historische jüdische Rechte im Land Israel‘, der in der säkularen Mainstream-Strömung des Arbeitszionismus eine solide Grundlage hatte“, aber auch dadurch verstärkt wurden, dass der militärische Sieg „den Triumph des Zionismus und die Schaffung einer selbstbewussten, dynamischen und halb militarisierten Siedlergesellschaft“ signalisierte, sowie durch „die außerordentlich effektive Mobilisierung von Neosionisten, jüdischen politischen Fundamentalisten und anderen sozialen Kräften in Israel“.

Die Kolonisierung begann unmittelbar nach der Besetzung der Gebiete, um die Rückkehr zur Vorkriegssituation unumkehrbar zu machen. Yigal Allon, stellvertretender Ministerpräsident der Arbeitspartei und zuständig für Einwanderungsfragen, erklärte auf einer Regierungssitzung am 16. Juni 1967: „Es besteht keine Notwendigkeit, auch nur einen Zentimeter der Westbank an eine ausländische Regierung zurückzugeben. Innerhalb dieses Rahmens muss eine Lösung gesucht werden. Unsere Kontrolle über das Jordantal ist eine Notwendigkeit, auf die wir nicht verzichten können.“ Einige Wochen später veröffentlichte der Labour-Vorsitzende den Allon-Plan, in dem er die Eingliederung möglichst vieler Gebiete mit möglichst wenigen Einwohnern forderte. Dieser Plan verdrehte das Sicherheitsargument, um zu begründen, dass Israel die Kontrolle über den Sinai, den Golan und das Jordantal behalten und die in der Resolution 242 des Sicherheitsrats geforderte Rückkehr zu den Grenzen vom 5. Juni 1967 ablehnen sollte. Der wichtigste Aspekt dieses Vorschlags war die Trennung zwischen Land und Bevölkerung, ein echter Eckpfeiler der folgenden Initiativen der Labour-Partei in den folgenden Jahrzehnten. Damit sollte die Herrschaft über das Land von der Verwaltung der Angelegenheiten der palästinensischen Bevölkerung getrennt werden, ein Prinzip, das in den Osloer Abkommen aufgegriffen wurde.

Der Wahlsieg des Likud 1977 führte zum Aufstieg von Menachem Begin, Ariel Sharon und Yitzhak Shamir, allesamt Anhänger Jabotinskys und Befürworter der Ausweitung der jüdischen Souveränität auf ganz Eretz Israel. In der Folge wurden die besetzten Gebiete in „befreite Gebiete“ umbenannt, und für das Westjordanland wurden die biblischen Bezeichnungen Judäa und Samaria übernommen, während seine Bevölkerung als „Araber des Landes Israel“ bezeichnet wurde. Um seine Pläne umzusetzen, schmiedete

Begin ein enges Bündnis mit den Siedlern und insbesondere mit ihrem extremsten Flügel, der Gush-Emunim-Bewegung, die die Kolonisierung als wesentliche Voraussetzung für die Beschleunigung der Erlösung des Volkes Israel und die Ankunft des Messias betrachtete (Sprinzak, 1991: 88).

Wie die Siedlerführerin Daniella Weiss in einem kürzlich im New Yorker veröffentlichten Interview vom 11. November 2023 betont: „Der Sechstagekrieg war ein Wunder und weckte sehr tiefe Gefühle für den Geburtsort unserer Nation: Hebron, Shiloh, Jericho und Nablus. Und aufgrund des Wunders des Krieges hatten wir das spirituelle Gefühl, dass etwas von biblischer Dimension geschah. Ich hatte das Gefühl, dass ich mich aktiv an diesem wundersamen Ereignis beteiligen wollte, und schloss mich der Siedlerbewegung Gush Emunim an, die Gemeinden in Judäa und Samaria gründete.“ Für sie müssen die Palästinenser „die Tatsache akzeptieren, dass es im Land Israel nur einen Souverän gibt. Das ist der springende Punkt. Wir, die Juden, sind die Souveräne im Staat Israel und im Land Israel. Das müssen sie akzeptieren.“

Die Bewegung Gush Emunim (Block der Gläubigen) wurde 1974 in der Siedlung Gush Etzion gegründet und stand in enger Verbindung zur Merkaz Ha-Rav-Jeschiwa des aschkenasischen Großrabbiners Abraham Isaac Kook und seines Sohnes Zvi Yehuda Kook, die die territorialen Eroberungen von 1948 und 1967 als Zeichen für den Beginn einer Ära sahen, die zur Ankunft des Messias führen würde. Nach dieser Auffassung war die Kolonisierung eine wesentliche Voraussetzung für die Beschleunigung der Erlösung des jüdischen Volkes. Rabbi Abraham Isaac Kook lieferte „eine kohärente religiös-nationalistische zionistische Philosophie und versuchte damit, die Kluft zwischen dem religiösen Judentum und dem modernen jüdischen Nationalismus zu überbrücken“ (Avineri, 1983: 216-219) und übte einen unbestreitbaren Einfluss auf künftige Generationen aus und brachte, wie sein Sohn, den zionistischen Nationalismus näher an die jüdische religiöse Orthodoxie heran (ebd.).

Die Siedler von Gush Emunim interpretierten das Land Israel als heilig, weil Gott es Abraham vor 4.000 Jahren versprochen hatte. Wie der israelische Historiker Ehud Sprinzak treffend warnt, „denken ihre Ideologen, wenn sie vom Land Israel sprechen, nicht nur an das Gebiet nach 1967, sondern auch an das im Bund versprochene Land (Genesis 15: 18), das die besetzten Gebiete umfasst, insbesondere Judäa und Samaria, den zentralen Kern der historischen israelischen Nation und weite Gebiete, die heute zu Jordanien, Syrien und Irak gehören“ (1991: 113). Diese Ansicht teilen viele israelische Siedler, darunter auch der bereits erwähnte Weiss, der interpretiert, dass „die Grenzen der jüdischen Heimat im Osten am Euphrat und im Südwesten am Nil liegen“ und dass das jüdische Volk Vorrang vor dem Land Palästina hat, weil es „das erste Volk war, das das Wort Gottes, das Versprechen Gottes, empfangen hat, das erste Volk, das ein Recht darauf hat“.

Gush Emunim erhielt von der Regierung Begin grünes Licht für die Kolonisierung des Westjordanlandes durch die Errichtung Dutzender Siedlungen. Seine Forderungen wurden in den Plan zur Entwicklung der Siedlungen in Judäa und Samaria (1979-1983) aufgenommen, der von Mattityahu Drobles, dem Direktor der Siedlungsabteilung der Weltzionistischen Organisation, ausgearbeitet und im Oktober 1978 von Landwirtschaftsminister Ariel Sharon vorgestellt wurde. Ziel des Plans war es, die Gründung von

Siedlungen zu vervielfachen, um die arabische Bevölkerung zu isolieren. In einem Absatz des Drobles-Plans heißt es: „Staatliche Grundstücke und unbewirtschaftetes Land müssen unverzüglich requiriert werden, um die Gebiete zwischen und um die [palästinensischen] Minderheitenkonzentrationen zu kolonisieren, um die Möglichkeit der Entstehung eines weiteren arabischen Staates in der Region zu minimieren. Es wird für die Minderheitsbevölkerung schwierig sein, territoriale Kontinuität und politische Einheit zu bilden, wenn sie durch jüdische Siedlungen zersplittert ist.“

Die radikale Regierung unter Begin betrachtete die jüdischen Kolonien als „Konfrontationssiedlungen“ und gewährte den Siedlern volle militärische Befugnisse. Ein UN-Ausschuss, der mit der Untersuchung der Menschenrechtslage in den besetzten Gebieten beauftragt war, veröffentlichte 1985 einen vernichtenden Bericht, in dem es hieß:

„Das Ausmaß und die Intensität der Aktivitäten dieser Siedler gegenüber den Palästinensern in den besetzten Gebieten deuten darauf hin, dass tatsächlich die Siedler die eigentliche Autorität darstellen [...], die Zivilbevölkerung bleibt ohne jeglichen Schutz. Diese Haltung wird durch die Milde bestätigt, mit der die israelischen Behörden Mitglieder jüdischer Untergrundgruppen behandeln, die wegen Mordes und körperlicher Misshandlung der Zivilbevölkerung verurteilt wurden [...]. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die wahre politische Macht in den besetzten Gebieten, die über das Schicksal der Zivilbevölkerung entscheidet, von den illegal in diesen Gebieten ansässigen Siedlern ausgeht“ (UN, 1990: 255).

Die 1993 unterzeichneten Osloer Abkommen sahen keine Gründung eines palästinensischen Staates auf den seit dem Krieg von 1967 von Israel besetzten Gebieten vor, sondern teilten deren Territorium in drei Zonen auf: A, B und C. Die Palästinensische Autonomiebehörde hatte nur direkte Kontrolle über Zone A und indirekte Kontrolle über Zone B, während Zone C, die zwei Drittel des Westjordanlands ausmachte, in den Händen der Besatzungstruppen blieb. Obwohl darin auch festgelegt wurde, dass die Parteien keine Maßnahmen zur Änderung der Lage vor Ort ergreifen würden, setzte Israel in der Praxis den Bau von Siedlungen und die Umsiedlung seiner Bevölkerung in besetzte Gebiete fort, was einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht darstellte, das der Besatzungsmacht die Umsiedlung ihrer Bevölkerung in die von ihr besetzten Gebiete untersagt. Zwischen 1990 und 1995 verdoppelte sich die Zahl der Siedler im Westjordanland und im Gazastreifen fast von 76.000 auf 145.000.

Obwohl in den Osloer Abkommen darauf hingewiesen wurde, dass die Parteien den Status der besetzten Gebiete nicht ändern sollten, nutzte Israel die konstruktive Unklarheit, um seine Siedlungen im Westjordanland und in Ostjerusalem zu vervielfachen. Dreißig Jahre nach den Osloer Abkommen könnte die Lage dramatischer nicht sein. Laut Human Rights Watch „verfügen die Palästinenser zwar in einigen Teilen der besetzten Gebiete über ein begrenztes Maß an Selbstverwaltung, doch behält Israel die primäre Kontrolle über die Grenzen, den Luftraum, den Personen- und Warenverkehr, die Sicherheit und die Registrierung der gesamten Bevölkerung, was wiederum Fragen wie den rechtlichen Status und die Möglichkeit zur Ausstellung von Ausweispapieren regelt“.

Nach Angaben der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem „verfolgt Israel eine Politik der ‚Judaisierung‘, die auf der Maxime basiert, dass Land eine Ressource ist, die fast ausschließlich für das jüdische Volk bestimmt ist. Land wird genutzt, um bestehende jüdische Gemeinden zu entwickeln und zu erweitern und neue zu errichten, während Palästinenser enteignet und in kleine, überfüllte Enklaven gedrängt werden.“

Heute leben 800.000 Siedler in den besetzten Gebieten, was bedeutet, dass die Kolonisierung seit der Unterzeichnung der Osloer Abkommen nicht nur nicht gestoppt wurde, sondern sogar noch schneller vorangeschritten ist. Es besteht kein Zweifel daran, dass einer der wichtigsten Unterstützer der Regierung Netanjahu gerade die Siedlerbewegung ist, die darin den einzigen Weg sieht, die Zwei-Staaten-Lösung zu verhindern. Tatsächlich heißt es im Regierungsprogramm vom 28. Dezember 2022: „Das jüdische Volk hat ein ausschließliches und unbestreitbares Recht auf alle Gebiete des Landes Israel. Die Regierung wird die Siedlungen in allen Teilen des Landes Israel fördern und ausbauen: in Galiläa, im Negev, auf den Golanhöhen, in Judäa und Samaria.“

In ihrem Bericht „Israels Apartheid gegen Palästinenser: Ein grausames System der Unterdrückung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Jahr 2022“ kam Amnesty International zu dem Schluss, dass „eine institutionalisierte und systematische Diskriminierung der Palästinenser durch Israel im Sinne der völkerrechtlichen Definition von Apartheid“ vorliegt mit „der Absicht Israels, alle Palästinenser zu unterdrücken und zu beherrschen, indem es seine Vorherrschaft über ganz Israel und die besetzten Gebiete, auch mit demografischen Mitteln, etabliert und die Ressourcen zum Vorteil seiner jüdischen Bevölkerung auf Kosten der Palästinenser maximiert“, was „einen Verstoß gegen das Völkerrecht, eine grobe Verletzung der Menschenrechte und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ darstellt, wie in der Apartheid-Konvention und dem Römischen Statut festgelegt.

Dem Bericht zufolge „wird diese Segregation auf systematische und hoch institutionalisierte Weise durch Gesetze, Politiken und Praktiken durchgeführt, die alle darauf abzielen, Palästinenser daran zu hindern, die gleichen Rechte wie jüdische Israelis innerhalb Israels und der besetzten Gebiete in Anspruch zu nehmen und auszuüben, und somit darauf abzielen, das palästinensische Volk zu unterdrücken und zu beherrschen“.

In den letzten Jahrzehnten ist es supremacistischen und messianischen Gruppen gelungen, der gesamten israelischen Gesellschaft ihre Agenda aufzuzwingen und ihre Anhänger in führende Positionen in Verwaltung, Militär und Politik zu bringen. Laut einer Umfrage des Pew Research Center aus dem Jahr 2016 befürworteten 65 Prozent der Siedler, die sich als orthodox bezeichneten, die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus Israel. Eine Umfrage des Peace Index vom November 2023, die nach den Anschlägen vom 7. Oktober 2023 von der Universität Tel Aviv durchgeführt wurde, zeigte eine deutliche Umkehr der Unterstützung für die Zwei-Staaten-Lösung: Nur 14,6 Prozent der jüdischen Bevölkerung befürworteten sie, während 43,7 Prozent für die unbefristete Beibehaltung des Status quo waren.

Es sollte nicht übersehen werden, dass Premierminister Benjamin Netanjahu die Verteidigung von Eretz Israel, dem Groß-Israel, das sich vom Jordan bis zum Mittelmeer erstreckt, zu seiner obersten Priorität gemacht hat. Die vollständige Niederlage der palästinensischen Nationalbewegung, die einen souveränen und unabhängigen Staat auf den seit 1967 von Israel besetzten Gebieten – Ostjerusalem, Westjordanland und Gazastreifen – errichten will, ist eine *unabdingbare Voraussetzung* für die Erreichung dieses Ziels. Wie der israelische Journalist Aluf Benn (2024) feststellt, „hat Netanjahu seine Amtszeit als Ministerpräsident, die längste in der Geschichte Israels, der Untergrabung und Marginalisierung der palästinensischen Nationalbewegung gewidmet. Er hat seinem Volk versprochen, dass es ohne Frieden prosperieren kann. Er hat dem Land die Idee verkauft, dass es palästinensisches Land auf unbestimmte Zeit mit geringen internen oder internationalen Kosten weiter besetzen kann“.

Die Entscheidungen der im Dezember 2022 gebildeten Regierung Netanjahu sind ausschlaggebend für die Eskalation der Gewalt in den letzten Jahren. Diese Regierung, die als die radikalste in der Geschichte Israels gilt, besteht aus einem heterogenen Zusammenschluss verschiedener Kräfte. Einerseits besiegte die Likud, eine ultranationalistische Partei, die sich entschieden für Eretz Israel und damit gegen die Gründung eines palästinensischen Staates einsetzt, bei den Wahlen 1977 erstmals die Arbeitspartei. Die zweite Komponente ist der religiöse Zionismus, der sich aus verschiedenen jüdisch-supremacistischen Gruppierungen zusammensetzt und die einseitige Annexion des Westjordanlands und die Kolonisierung des Gazastreifens befürwortet. Das dritte Glied sind die sephardisch-mizrachischen religiösen Parteien Shas und Ashkenazi United Torah Judaism, die eine rein ultraorthodoxe Agenda verfolgen, die auf der Verteidigung ihrer Privilegien basiert: Finanzierung von Yeshivas oder religiösen Schulen und Befreiung vom Militärdienst, unter anderem.

Insgesamt verfügt diese Koalition über 64 der 120 Sitze in der Knesset. Der Klebstoff, der so unterschiedliche politische Gruppierungen und Sensibilitäten zusammenhält, ist das Bestreben, die jüdische Souveränität über ganz Eretz Israel zum Nachteil der nationalen Bestrebungen der Palästinenser durchzusetzen. Das Mittel dazu ist die Ausweitung der Siedlungen auf das gesamte Westjordanland, um die Zwei-Staaten-Lösung unmöglich zu machen. Tatsächlich heißt es im Regierungsprogramm unverblümt, dass „das jüdische Volk das ausschließliche und unbestrittene Recht auf alle Teile des Landes Israel hat“, einschließlich der seit dem Krieg von 1967 von Palästinensern besetzten Gebiete. Die Regierung Netanjahu hat sich verpflichtet, die israelische Souveränität in dieser Legislaturperiode auf das Westjordanland (das mit seinem biblischen Namen „Judäa und Samaria“ bezeichnet wird) auszuweiten, entsprechend den traditionellen zionistischen Plänen, Palästina zu einem Staat für das jüdische Volk zu machen.

Die beiden wichtigsten Verbündeten Netanjahus in der Regierung sind Bezalel Smotrich, Vorsitzender der Religiösen Zionistischen Partei und Finanzminister, sowie Itamar Ben Gvir, Vorsitzender der Partei Jüdische Kraft und Minister für innere Sicherheit.

Die Partei des religiösen Zionismus, der beide angehören, verfügt über 14 Sitze in der 120 Sitze zählenden Knesset und ist mit mehr als 10 Prozent der Stimmen bei den Parlamentswahlen 2022 die

drittgrößte politische Kraft in Israel. Ihre Bedeutung liegt nicht nur in der breiten Unterstützung, die sie in der Gesellschaft genießt, sondern auch in ihrer Fähigkeit, die Regierungsführung zu beeinflussen, da ihre Unterstützung unverzichtbar ist, um die derzeitige Koalitionsregierung an der Macht zu halten und Netanjahu vor den gerichtlichen Ermittlungen zu schützen, die ihn in ihren Fängen haben.

Der religiöse Zionismus ist eine supremacistische, messianische Organisation, die glaubt, dass das gesamte Land Israel durch göttlichen Willen dem jüdischen Volk gehört. In Wirklichkeit ist der religiöse Zionismus keine völlig neue Bewegung, sondern der Erbe einer Reihe von Parteien, die in den 1980er und 1990er Jahren existierten, darunter Moledet, Tzomet und die Nationale Religiöse Partei. Sie alle einigten sich auf ein maximalistisches Programm, das der palästinensische Historiker Nur Masalha in fünf Punkten zusammenfasst: „(1) maximale territoriale Expansion; (2) vollständige und sofortige Annexion der 1967 besetzten Gebiete; (3) Unterdrückung der Intifada und jeder Form palästinensischen Widerstands mit allen notwendigen Mitteln und Kräften; (4) Errichtung massiver jüdischer Siedlungen; und (5) Vertreibung der Palästinenser“ (2000: 38). Die extremsten Kreise forderten, wie heute Premierminister Netanjahu, „die vollständige Vernichtung der modernen Amalekiten“, womit sie die palästinensische Urbevölkerung meinten.

Itamar Ben Gvir, Minister für innere Sicherheit, stammt aus der radikalen Kach-Partei, die bis vor kurzem auf der US-Liste terroristischer Organisationen stand und die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung mit dem Argument befürwortete, das israelische Volk habe durch göttlichen Willen ein ausschließliches Recht auf das Land Israel. Meir Kahane, der oberste Führer der Kach, wiederholte bei seinen Kundgebungen immer wieder: „Die Araber sind ein Krebsgeschwür [...]. Ich sage Ihnen, was jeder von Ihnen im Innersten seines Herzens fühlt: Es gibt nur eine Lösung und keine andere, keine Teilösung: Araber raus, raus ... Fragen Sie mich nicht, wie ... Lassen Sie mich zwei Monate lang Ihr Verteidigungsminister sein, und Sie werden keine einzige Kakerlake mehr sehen! Ich verspreche euch, das Land Israel zu säubern! Ben Gvir, der in der Siedlung Kiryat Arba im Herzen der palästinensischen Stadt Hebron lebt, ist auch ein bekannter Bewunderer von Baruch Goldstein, einem militanten Siedler der Kach, der 1994 das Massaker in der Abraham-Moschee verübte, bei dem 29 Palästinenser getötet und 120 weitere verletzt wurden.

Der Minister für innere Sicherheit ist auch dafür bekannt, extremistische Siedler bei Übergriffen auf die Esplanade der Moscheen anzuführen, auf der sich die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem befindet, die nach Mekka und Medina die drittheiligste Stätte der Muslime ist, um die Judaisierung der Moschee zu fordern. Allein zwischen Januar und Oktober 2023 besuchten mehr als 50.000 radikale Juden die muslimische Stätte in einer in der jüngeren Geschichte beispiellosen Provokation und in einem klaren Versuch, den Status quo der Stätte zu ändern, der Nicht-Muslimen die Ausübung religiöser Zeremonien in ihren Räumen verbietet. Es sei daran erinnert, dass messianische Kreise den Bau eines dritten Tempels befürworteten, sobald die Al-Aqsa-Moschee zerstört ist, da sie glauben, dass dies die Ankunft des Messias beschleunigen würde. Diese Aktionen sind alles andere als harmlos, denn es war Ariel Sharons Betreten der Esplanade der Moscheen, das im Jahr 2000 die Al-Aqsa-Intifada auslöste.

Bezalel Smotrich seinerseits ist nach der Übernahme des Finanzressorts einer der einflussreichsten Minister im israelischen Kabinett, dessen Befugnisse weit über das hinausgehen, was man sich vorstellen kann. Tatsächlich übt das Ministerium die absolute Kontrolle über fast zwei Drittel des Westjordanlands aus, dem sogenannten Gebiet C der Osloer Verträge, in dem mehr als 400.000 israelische Siedler leben und Smotrich absolute Macht ausübt. Vor zwei Jahren war der israelische Politiker in einen erbitterten Streit mit einem arabischen Knesset-Abgeordneten verwickelt, zu dem er sagte: „Sie sind wegen eines Fehlers hier, es ist ein Fehler, dass Ben Gurion die Arbeit nicht zu Ende gebracht und Sie 1948 nicht vertrieben hat“.

Sowohl Ben Gvir als auch Smotrich haben sich aktiv für das Programm der israelischen Regierung vom 28. Dezember 2022 eingesetzt, in dem anerkannt wird, dass „das jüdische Volk ein exklusives und unveräußerliches Recht auf alle Teile des Landes Israel hat. Die Regierung wird Siedlungen in allen Teilen des Landes Israel fördern und ausbauen: in Galiläa, im Negev, auf den Golanhöhen, in Judäa und Samaria“. In dem Programm heißt es weiter: „Die Regierung wird den jüdischen Charakter des Staates und das Erbe Israels bewahren und die Religionen und Traditionen der Anhänger der Religionen des Landes im Einklang mit den Werten der Unabhängigkeitserklärung respektieren.“

Beide Politiker vertreten eine messianische Ideologie und glauben, dass das Land Israel ausschließlich den Juden gehört. Tatsächlich leben sie in Siedlungskolonien, die nach internationalen Konventionen illegal sind, obwohl sie die Besiedlung als religiöse Pflicht zur Rückeroberung des besetzten Landes betrachten. Smotrich wurde 2017 durch eine Broschüre mit dem Titel „Israels entscheidender Plan“ bekannt, in der er die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung befürwortete, die die jüdische Vorherrschaft über Judäa und Samaria, wie sie das Westjordanland nennen, nicht anerkennt. In dem Plan hieß es: „Diejenigen, die sich weigern, ihre nationalen Ambitionen aufzugeben, werden bei der Auswanderung in eines der vielen Länder, in denen Araber ihre nationalen Ambitionen verwirklichen, oder an einen anderen Ort der Welt unterstützt.“

Tatsächlich ist die Smotrich-Doktrin nicht neu, sondern knüpft an eine Denkweise an, die in den supremacistischen und messianischen Kreisen des Zionismus weit verbreitet ist. Die wichtigste Neuerung besteht darin, dass diese Doktrin, die einst eine Minderheit war, innerhalb der israelischen Gesellschaft so viel Unterstützung gewonnen hat, dass ihre wichtigsten Befürworter in der Politik enormes Gewicht haben und die Macht besitzen, sie als Regierungsprogramm durchzusetzen. Wie die israelische Aktivistin Orly Noy betont, „zeigt eine Untersuchung der israelischen Medien und des politischen Diskurses, dass ein Großteil der öffentlichen Meinung die Logik von Smotrichs Plan vollständig verinnerlicht hat, wenn es um den Angriff der Armee auf Gaza geht. Tatsächlich ist die israelische öffentliche Meinung zu Gaza, wo Smotrichs Vision mit einer Rücksichtslosigkeit umgesetzt wird, die selbst er nicht hätte vorhersehen können, mittlerweile noch extremer als der Text des Plans selbst. Das liegt daran, dass Israel in der Praxis die erste Möglichkeit, die sich ihm bot – eine minderwertige, entpalästinisierte Existenz –, von der Tagesordnung streicht, die bis zum 7. Oktober von der Mehrheit der Israelis gewählt worden war“ (2023).

Der Smotrich-Plan interpretiert „die Beendigung des Konflikts als die Schaffung und Festigung der Idee, dass westlich des Jordan nur eine Form der nationalen Selbstbestimmung Platz hat: die der jüdischen Nation. Folglich kann auf demselben Gebiet kein arabischer Staat entstehen, um die nationalen Bestrebungen der Araber zu verwirklichen. Der Sieg bedeutet das Ende dieses Traums. Und mit dem Schwinden der Motivation für seine Verwirklichung wird auch die Terrorkampagne gegen Israel nachlassen“. All dies „erfordert die Anwendung der vollständigen israelischen Souveränität über die zentralen Regionen Judäas und Samariens und die Beendigung des Konflikts durch Kolonisierung durch die Gründung neuer Städte und Siedlungen innerhalb des Gebiets und die Ankunft von Hunderttausenden weiterer Siedler, die dort leben werden. Dieser Prozess wird allen klar machen, dass die Realität in Judäa und Samaria unumkehrbar ist, dass der Staat Israel bestehen bleibt und dass der arabische Traum von einem Staat in Judäa und Samaria nicht mehr realisierbar ist. Der Sieg durch Kolonisierung wird den Arabern und der Welt bewusst machen, dass auf diesem Land niemals ein arabischer Staat entstehen wird.

Die Alternativen für die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland, im Gazastreifen und in Ostjerusalem würden sich laut dem Plan auf drei reduzieren: „(1) Diejenigen, die ihre nationalen Bestrebungen aufgeben wollen, können hier bleiben und als Einzelpersonen im jüdischen Staat leben; sie werden natürlich alle Vorteile genießen, die der jüdische Staat dem Land Israel gebracht hat und bringt; (2) Diejenigen, die sich nicht von ihren nationalen Ambitionen trennen wollen, werden bei der Auswanderung in eines der vielen Länder, in denen Araber ihre nationalen Ambitionen verwirklichen können, oder an jeden anderen Ort der Welt unterstützt; (3) Vermutlich wird sich nicht jeder für eine dieser beiden Optionen entscheiden. Es wird diejenigen geben, die sich weiterhin für die andere „Option“ entscheiden: den Kampf gegen die IDF, den Staat Israel und die jüdische Bevölkerung fortzusetzen: Diese Terroristen werden von den Sicherheitskräften mit eiserner Faust bekämpft werden.

Der Plan sieht vor, dass für Palästinenser, die sich für die erste Option entschieden und die jüdische Souveränität über ihre Gebiete akzeptiert haben, der israelische Staat „ein Aufenthaltsmodell festlegt, das eine autonome Selbstverwaltung, einschließlich kommunaler Verwaltungen, sowie individuelle Rechte und Pflichten umfasst. Die Araber in Judäa und Samaria werden ihr tägliches Leben nach ihren eigenen Vorstellungen durch regionale Kommunalverwaltungen ohne nationale Merkmale gestalten. Wie andere lokale Behörden werden sie ihre eigenen Wahlen abhalten und regelmäßige wirtschaftliche und kommunale Beziehungen zu den Behörden des Staates Israel unterhalten. Mit der Zeit und in Abhängigkeit von der Loyalität gegenüber dem Staat und seinen Institutionen sowie dem Militär- oder Nationaldienst werden Modelle für den Aufenthalt und sogar die Staatsbürgerschaft angeboten.“ Andererseits heißt es, dass „die Araber in Judäa und Samaria ihr tägliches Leben in Freiheit und Frieden führen können, aber nicht in der israelischen Knesset wählen dürfen. Dadurch wird die jüdische Mehrheit bei Entscheidungen im Staat Israel erhalten bleiben.“

Das Massaker vom 7. Oktober hat dazu geführt, dass diese zuvor minoritären Thesen in der israelischen Gesellschaft zunehmend Unterstützung finden. Wie die israelische Aktivistin Orli Noy (2023) betont, „verkörpert sich die erschreckende *Smotrichisierung* der israelischen Öffentlichkeit in der völligen

Bereitschaft, das Leben jedes einzelnen Palästinensers in Gaza für den endgültigen Sieg zu opfern, den der rechtsextreme Minister in seinem Plan versprochen hat [...]. Nach Meinung der meisten israelischen Juden hätten die mehr als zwei Millionen Palästinenser in Gaza den Mund halten und ihren Hunger hinnehmen sollen. Aber heute ist selbst diese Option nicht mehr zufriedenstellend, sodass sich die Israelis hinter einem neuen Ultimatum für Gaza vereinen: Auswanderung oder Vernichtung.“

Literatur

- ABU-TARBUSH, J. y BARREÑADA, I. (2023): *Palestina: de los Acuerdos de Oslo al apartheid*, Madrid: Catarata.
- AVINERI, S. (1983): *La idea sionista. Notas sobre el pensamiento nacional judío*, Jerusalén: La Semana Publicaciones Ltda.
- BENN, A. (2024): “Israel’s Self-Destruction. Netanyahu, the Palestinians, and the Price of Neglect”, *Foreign Affairs*, March/April.
- CULLÁ, J. (2015): *La tierra más disputada. El sionismo, Israel y el conflicto de Palestina*, Barcelona: Alianza Editorial.
- HERZL, T. (1896): *The Jewish State*, New York: American Zionist Emergency Council.
- IRAQI, A. (2024): “Israel’s right to tyranny”, *+972 Magazine*, 17 de enero.
- MASALHA, N. (2000): *Israel: teorías de la expansión colonial*, Barcelona: Bellaterra.
- NOY, O. (2023): “The Israeli public has embraced the Smotrich doctrine”, *+972 Magazine*, 10 de noviembre.
- OLMERT, E. (2020): “Israel is becoming a fascist country”, *The Jerusalem Post*, 2 de julio.
- SABBAGH-KHOURY, A. (2022), “But if I don’t steal it, someone else is gonna steal it” – Israeli Settler-Colonial Accumulation by Dispossession”, *Middle East Report and Information Project*, n. 302, Spring.
- SPRINZAK, E. (1991): *The Ascendancy of Israel’s Radical Right*, Oxford: Oxford University Press.
- REPORTS
- AMNESTY INTERNATIONAL (2022): *Israel’s apartheid against Palestinians: Cruel system of domination and crime against humanity*, MDE 15/5141/2022, 1 de febrero.
- B’TSELEM (2021): *A regime of Jewish supremacy from the Jordan River to the Mediterranean Sea: This is apartheid*.
- HUMAN RIGHTS WATCH (2021): *A Threshold Crossed. Israeli Authorities and the Crimes of Apartheid and Persecution*, 27 de abril.
- NACIONES UNIDAS (1990): *Orígenes y evolución del problema palestino (1917-1988)*, Nueva York: Naciones Unidas.
- PEW RESEARCH CENTER (2016), *Israel’s Religiously Divided Society*, 8 de marzo.